

ECUADOR

Brennstoff unterm Ökoschatz

Erdölvorräte ruhen unter dem artenreichsten Regenwald Ecuadors. Damit sie nicht gefördert werden, sollen reiche Staaten zahlen. Doch das torpediert jetzt ein deutscher Minister

Von: Thomas Häusler



Der Yasuní-Nationalpark in Ecuador: Unter der Erde des Regenwalds lagern rund 100 Milliarden Liter Erdöl – bisher unberührt

Juan Pablo Muñoz starrt ungläubig auf das Ameisennest. Es wimmelt von Tieren – und steckt im Innern einer automatischen Kamera. »Obwohl das Gehäuse hermetisch abgedichtet ist«, staunt der Manager der Forschungsstation Tiputini im Yasuní-Regenwald. Unter dessen dichtem Blätterdach im Osten Ecuadors pulsiert das Leben. Der Forscher Muñoz sagt: »Hier liegt das wohl artenreichste Waldgebiet der Welt.«

Beweise dafür liefern die 40 Kameras, die im Dschungel jedes vorbeieilende Tier blitzen. Jaguar, Ozelot und Ameisenbär sind auf den Bildern, Woll- und Klammeraffen, der rare Kurzohrfuchs mit seinen Schwimmhäuten und, und, und ... Sie bewohnen ein Dickicht aus Baumriesen, Lianen und einer Vielzahl anderer Gewächse. Ein Paradies – doch es ist in Gefahr, und den zukunftsweisenden Versuch, es zu retten, will der deutsche Entwicklungsminister Dirk Niebel gerade vereiteln.

Die Bedrohung: Unter der Erde des Naturschutzgebiets und UNESCO-Biosphärenreservats Yasuní lagern rund 850 Millionen Barrel Erdöl. Auf die Einnahmen, die eine Förderung verspricht, wäre das Entwicklungsland Ecuador dringend angewiesen. Trotzdem bietet die Regierung in Quito einen spektakulären Pakt an: Wenn ihr uns die Hälfte des Ölerts auszahlt, so appellierte Präsident Rafael Correa an die Regierungen und Stifter der Welt, dann lassen wir das schwarze Gold unangetastet. Jedenfalls im Herzstück des Yasuní, dem sogenannten ITT-Block. 3,6 Milliarden US-Dollar müssten über 13 Jahre hinweg überwiesen werden, vorzugsweise aus Industrienationen, die für den Treibhauseffekt die größte Verantwortung tragen.

Denn mit Ecuadors Öl-Askese würden nicht nur Naturschutz und Entwicklung in Einklang gebracht. Zumindest theoretisch bliebe die Erdatmosphäre auch von 407 Millionen Tonnen CO₂-Emissionen verschont.

Erst Anfang August ist es so besiegelt worden, das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen hat einen Treuhandfonds eingerichtet. Doch nun kam heraus: Dirk Niebel (FDP) will nichts einzahlen. Ausgerechnet der Vertreter jenes Landes, das sich für die Initiative besonders stark gemacht hat.

Schon im Juni 2008 regten die Bundestagsfraktionen aller Parteien gemeinsam an, die ITT-Initiative zu fördern. Das Entwicklungsministerium trieb die Sache weiter, einschließlich provisorischer Geldzusagen. Niebels Rückzieher sei daher ein »diplomatisches Desaster«, kritisiert die Bundestagsabgeordnete Ute Koczy von Bündnis 90/Die Grünen. Die Regierung Ecuadors hält sich zwar bisher bedeckt, doch Alberto Acosta, der frühere Energieminister und Vordenker des Unterfangens, spricht von einem »Dolchstoß«. Vor allem internationale Ölkonzerne, meint er, dürften sich nun die Hände reiben. Sie hätten das Ansinnen, das ihnen ein Fünftel der Ölvorräte Ecuadors vorenthalten will, von Anfang an bekämpft.

Wie viel auf dem Spiel steht, kann man in der Yasuní-Region schon heute besichtigen. Die Erdölvorräte im Norden und Westen des Regenwaldgebiets werden bereits seit den siebziger Jahren ausgebeutet. Dort seien Abfallprodukte der Ölförderung in Böden und Gewässern gelandet, beklagt Acosta. Die Verschmutzung habe Fische getötet, das Trinkwasser vergiftet, die Krebsrate liege deutlich höher als sonst im Land. Nach einer Sammelklage der Waldbewohner droht der Ölfirma Texaco, die heute zum Chevron-Konzern gehört, ein Bußgeld von über 27 Milliarden Dollar.

Die Straßen, die für die Ölförderung angelegt wurden, lockten überdies immer mehr Siedler an. Wo früher Klammeraffen durchs Blätterdach hangelten und Papageien krächzend durch die Wipfel flogen, liegen heute Viehweiden, Maniok-Äcker und Bananenplantagen.

Der Weg zur Tiputini-Forschungsstation im Innern des Yasuní-Parks führt über die Maxus Road. Die über 100 Kilometer lange Schotterpiste wurde in den Neunzigern durch den Wald gewalzt, um die verstreut liegenden Ölförderpumpen miteinander zu verbinden. Staat und Konzern bemühen sich heute durchaus, die alten Fehler zu vermeiden. Wer die Straße befahren will, muss sich bei der Ölfirma anmelden, bei ihrem Sicherheitsposten ausweisen und sein Gepäck durchleuchten lassen. Kein Zugezogener darf entlang der Dschungelpiste siedeln, nur die einheimischen Indianer der Stämme Kichua und Waorani. Theoretisch.

In der Praxis sieht man entlang der Straße immer wieder Hütten, Felder, Kühe. »Ich bin dort seit 13, 14 Jahren zweimal pro Jahr«, sagt der US-amerikanische Ökologe Joe Meisel, »und jedes Mal haben neue Siedler Flächen gerodet – obwohl das verboten ist.« In der Praxis werden auch auf einem illegalen Dorfmarkt am Rio Napo seltene Arten wie Pekaris (eine Art Wildschweine), Tapire und Affen verkauft. Um sich mit den Indianern gut zu stellen, bietet ihnen die Ölfirma einen kostenlosen Busdienst; sie nutzen ihn für den Abtransport des Wilds, das sie im Yasuní-Nationalpark geschossen haben. Entlang der Maxus Road gibt es deutlich weniger Säugetiere und Vögel als im Inland.

Die Ölförderung im ITT-Block würde noch mehr Schaden anrichten, warnt der Entwicklungsökonom Carlos Larrea. Denn dort ist das Öl dickflüssig und mit Wasser versetzt. Eine Großanlage müsste gebaut werden, um die zähe Masse für den Transport in einer Pipeline zu verflüssigen. Diese werde, sagt Larrea, »große Verschmutzungen mit sich bringen«. Das ängstigt auch die indigene Bevölkerung. »Wir wollen auf jeden Fall, dass das Öl im Boden bleibt«, erklärt Manuela Ima, die Vorsitzende der Frauenvereinigung der Waorani.

Diesen ursprünglich halbnomadischen Indianern ist der abrupte Sprung ins Ölzeitalter nicht leichtgefallen. Die gelegentlichen Zuwendungen von Firmen, die sie so auf ihre Seite ziehen wollen, haben Neid und Konflikte, illegale Jagd und Alkoholkonsum gefördert. Auf der ande-

ren Seite arbeiten manche Waorani bereits heute in Ökotourismus-Projekten mit. Das Geld aus dem ITT-Fonds soll ihnen noch mehr nachhaltige Entwicklungsperspektiven eröffnen.

Ein weiterer Teil der Summe ist für Investitionen in alternative Energien eingeplant. Bisher erzeugt Ecuador die Hälfte seines Stroms mit Erdöl, dieser Anteil könnte mit der Hilfe von außen verringert werden – ein weiterer Klimaschutzeffekt. Überdies werde das Land aufforsten, »und wir wollen unsere bestehenden Naturschutzgebiete in Zukunft tatsächlich schützen«, sagt der Regierungsberater Larrea. Es ist kein Geheimnis, dass manche Reservate kaum überwacht werden. Selbst im Naturjuwel Yasuní gehen illegale Holzfäller aus und ein.

Faire Zahlungen für vielfältigen Nutzen – wie kann Dirk Niebel dazu Nein sagen? Als Grund gibt der Minister die Sorge an, es fehlten »Garantien für einen dauerhaften Verzicht auf die Ölförderung«. Ein Anlass für diese Bedenken mag sein, dass Ecuadors Präsident Rafael Correa beim ITT-Projekt durchaus zwiespältig agiert hat. Zum ersten geplanten Unterzeichnungstermin tauchte er einfach nicht auf, aus Protest gegen den angeblichen »Neokolonialismus« des Treuhandvertrags. Die Geber hatten sich vorbehalten, auf die Ausgaben ein Auge zu haben.

Es gebe innerhalb der Regierung in Quito »eine Gruppe, die massiven Druck gegen die ITT-Initiative ausübt«, bestätigt Alberto Acosta. Immerhin erbringen die Erdölausfuhren ein Viertel des Steueraufkommens. Nur die große Unterstützung aus Volk und Parlament habe der Idee zum Durchbruch verholfen. Niebels Befürchtung hält der Ökonom trotzdem für »ein höchst dürftiges Argument«. Gerade um den Gebern Sicherheit zu bieten, habe man ja den Treuhandfonds aufgelegt. Würde eine Regierung in Ecuador irgendwann beschließen, das Öl doch zu fördern, dann falle das einbezahlte Geld an die Geber zurück.

Der deutsche Entwicklungsminister befürchtet überdies einen Präzedenzfall, künftig könnten auch andere Erdölstaaten Ausgleichszahlungen fordern. Zudem habe sich außer Deutschland noch kein Finanzier gefunden. Allerdings ist seit Zustandekommen des Fonds auch noch kaum Zeit vergangen. Chile hat eine symbolische Summe von 100.000 Dollar überwiesen, Italien, Belgien, Frankreich und Spanien signalisieren Interesse. Für die möglichen Teilhaber seien die Deutschen Eisbrecher, glaubt die Grüne Ute Koczy.

Wie sie stehen die Entwicklungsexperten der Koalition im Bundestag weiter hinter der Yasuní-Idee. Auch Niebels Parteifreund Harald Leibrecht hat dem Minister geschrieben. Dessen Einwände versuchen womöglich auch die Regierungsdelegationen aus Ecuador zu entkräften, die eigentlich demnächst nach Berlin kommen wollen. Immerhin habe Niebel, so versichert sein Sprecher, gegen das innovative Waldschutzprojekt »keine prinzipiellen Vorbehalte«.

Mitarbeit: Christiane Grefe

ZEIT  ONLINE Nr. 25 – 16.06.2011

ECUADOR

Niebel und die Indianer

Im weltweit einzigartigen Yasuní-Nationalpark in Ecuador wollen Konzerne nach Öl bohren. Die Vereinten Nationen unterstützen einen Rettungsplan, aber der Entwicklungsminister Dirk Niebel zieht nicht mit. Protokoll eines deutschen Sonderweges.

Von: Anita Blasberg | Marian Blasberg

Wenn Ivonne Baki an Dirk Niebel denkt, dann kommt ihr eine Blackbox in den Sinn. Sie hat sich umgehört, bei Leuten aus seinem Entwicklungsministerium, bei deutschen Abgeordneten, bei seinen Kollegen von der FDP, doch dieser Mann bleibt ein Mysterium. Sie hat sich seinen Lebenslauf angesehen, sein Bild im Internet, und deshalb weiß sie, dass er blond ist und früher Jobs beim deutschen Arbeitsamt vermittelte. »Er war mal Soldat«, fragt sie, »oder?« Sie fragt sich, was ihn antreibt. Was denkt er über ein Land wie Ecuador, ihr Heimatland? Versteht er, dass der Regenwald ein Ort ist, den man schützen muss? Ivonne Baki, die Sonderbeauftragte der ecuadorianischen Regierung, sucht nach Antworten.

Baki würde Niebel gerne einladen nach Ecuador, in den Yasuní-Nationalpark, um ihm zu zeigen, wie atemraubend schön, wie verletzlich der Regenwald hier ist. Doch dazu müsste sie ihn treffen, ihm einmal in die Augen sehen, aber dieser deutsche Minister ist für sie schwieriger zu erreichen als Ban Ki Moon, der Generalsekretär der Vereinten Nationen.

Es ist ein regnerischer Tag im April, als sich Baki in einem gläsernen Büroturm in Quito, der Hauptstadt Ecuadors, in einen Ledersessel fallen lässt. Durch das offene Fenster dringt der Gestank der Rushhour, das Hupen der Busse, die sich in die Armutsviertel auf den Hügeln schlängeln. Baki trägt High Heels und ein eng geschnittenes Kostüm, die langen blonden Haare fallen ihr auf die Schultern. Vor ein paar Wochen ist Baki 60 geworden. Jetzt hat sie wieder 16-Stunden-Tage, zuletzt verhandelte sie in New York mit Ban Ki Moon, davor in Paris mit einem Berater von Präsident Sarkozy, sie war in Spanien, in Qatar, allein in Deutschland sind ihr die Türen zugesperrt. »Keine Ahnung«, sagt sie, »wie oft wir schon um einen Termin gebeten haben. Aber jedes Mal heißt es, Minister Niebel habe keine Zeit.«

Baki war mal Botschafterin in den USA, sie hat das Andenparlament geleitet und für ihr Land den Frieden mit Peru verhandelt, »aber das hier«, sagt sie in geschliffenem Diplomatenenglisch, »ist die schwierigste Aufgabe meines Lebens«. Das hier ist Dirk Niebel.

Anfang Februar hatte Rafael Correa, der Präsident von Ecuador, sie zu sich ins Büro gerufen. Er sagte ihr: »Wenn jemand die Welt verändern kann, Ivonne, dann du. Du musst unseren Plan retten.« Seitdem wird jeder ihrer Tage, jeder Termin, jedes Telefonat bestimmt von einer Rede, die ihr Präsident vier Jahre zuvor gehalten hatte.

Es war im September 2007, als Rafael Correa in einem Sitzungssaal der Vereinten Nationen an ein Rednerpult trat und der Welt zum ersten Mal seinen Plan vortrug. Anstelle eines weißen Hemdes trug er unter seinem dunklen Anzug ein offenes, am Kragen bunt besticktes Hemd der Ureinwohner. Correa war gerade neu im Amt, ein Mittvierziger, der in Belgien Wirtschaftswissenschaft studiert und den größten Anteil seiner Stimmen in den Armutsvierteln geholt hatte. In den ersten Wochen seiner Amtszeit versprach er, eine Sozialhilfe von 30 Euro einzuführen, kostenlose Bildung, Arztbesuche. Jetzt, am Rednerpult, senkte er seine Stimme. »Ihr müsst uns helfen!«, sagte er. Correa sprach über den Yasuní-Nationalpark, einen Teil des Amazonasregenwaldes, der viermal so groß ist wie das Saarland. Forscher haben hier mehr Baumarten gezählt als in ganz Nordamerika. Nirgendwo sonst leben so viele verschiedene Papageien, Fledermäuse, Käfer. In den tausend Flüssen, die sich durch die Wildnis schlängeln, schwimmen rosafarbene Delfine, und tief in diesem endlos weiten Grün leben – ohne Kontakt zur Zivilisation – zwei Indianerstämme, die Tagaeri und die Taromenane.

Die Unesco hat den Yasuní zum Biosphärenreservat ernannt. Doch unter diesem Paradies lagern 850 Millionen Barrel Öl, ein Fünftel der Bestände Ecuadors, ihr Wert: rund 7,2 Milliarden Dollar. Ecuador ist das kleinste Mitglied der Opec, das Öl ist die wichtigste Geldquelle des Staates.

»Wir wären bereit, das Öl im Yasuní nicht anzutasten«, sagte Präsident Correa in New York, »wir wären bereit, auf die Hälfte unserer Einnahmen zu verzichten, wenn uns die Welt die andere Hälfte erstattet.«

Nach den vertriebenen Indianern sind heute Ölfelder benannt

Im Saal herrschte Stille. Warum sollte die Weltgemeinschaft Ecuador subventionieren? Warum sollte sie ein Land dafür belohnen, etwas nicht zu tun – den Regenwald nicht anzutasten? Ein Land, das reich an Bodenschätzen ist und arm vor allem wegen seiner eigenen Regierungen, die es jahrzehntelang geplündert haben?

In ihrem Ledersessel, hoch über der Hauptstadt Quito, hebt Ivonne Baki abwehrend die Hände. Sie sagt: »Der Emissionshandel belohnt Länder, die einen zerstörten Wald aufforsten – warum belohnt man nicht auch die, die ihren Wald gleich stehen lassen?«

Vor vier Jahren, nach der Rede ihres Präsidenten, erhob sich Beifall, zaghaft erst, dann immer lauter. Es war die Zeit, als die Weltfinanzkrise noch Zukunft war. Die Welt sorgte sich um abschmelzende Gletscher und ansteigende Meeresspiegel. Sie wurde sich bewusst, dass es vor allem die Regenwälder sind, die Kohlenstoffe binden und damit Emissionen verhindern. Nobelpreisträger wie Al Gore, Michail Gorbatschow oder Muhammad Yunus unterstützten damals den Plan des ecuadorianischen Präsidenten. Die Europäische Union versprach, Ecuador zu helfen, auch die Opec hatte keine Einwände.

Dieser ecuadorianische Präsident hatte nicht nur geredet, sondern der Welt einen konkreten Deal vorgeschlagen. Ein Tauschgeschäft. Durch den Schutz des Yasuní bliebe der Welt ein Ausstoß von 407 Millionen Tonnen CO₂ erspart, so viel, wie Brasilien in einem Jahr produziert. Im Gegenzug, versprach Präsident Correa, werde er das Geld für eine nachhaltige Landwirtschaft einsetzen, für die Erschließung alternativer Energiequellen. Ecuador, sagte er, könne sich vorbereiten auf eine Zukunft, in der es unabhängig werde vom Öl.

Wer von der Hauptstadt Quito aus nach Osten Richtung Yasuní reist, der sieht die Spur der Verwüstung, die das Öl in das Land geschlagen hat. Ecuador verliert in jedem Jahr rund 150.000 Hektar Wald, eine Fläche, doppelt so groß wie Hamburg. Entlang der Flüsse zischen Gasflammen aus dem Dschungel, die Pipelines fressen tiefe Schneisen in die Wildnis. Aus dem größten dieser Rohre, das Öl über die Anden zu den Häfen am Pazifik bringt, leckte in den letzten Jahren fast doppelt so viel Öl wie aus dem havarierten Tanker Exxon Valdez. Das Öl verseucht die Flüsse, tötet Tiere, sickert ins Trinkwasser. Jeder Dritte, der in den Ölgebieten lebt, erkrankt an Krebs. Zehntausende wurden vertrieben, die Indio Stämme der Cofanes, der Secoyas und Sionas, von anderen blieb nur ihr Name: Tetete, Sansahuari – nach ihnen heißen heute Ölfelder.

In Deutschland sagte der damalige Staatssekretär im Entwicklungsministerium nach Correas Rede: »Es ist das erste Mal, dass ein armes Land aus eigener Initiative einen Plan vorstellt, um Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung zu vereinbaren.« Im Bundestag beschlossen die Fraktionen von CDU/CSU, SPD und Grünen, sich »finanziell an der Rettung von Yasuní zu beteiligen«. Die Bundesregierung forderten sie auf, weitere Unterstützer zu gewinnen.

Yasuní sollte ein Vorbild dafür sein, wie arme und reiche Länder gemeinsam das Klima retten – eine Blaupause dafür, wie globaler Verzicht sich in einen Gewinn verwandeln könnte. Andere Staaten könnten folgen: der Kongo, unter dessen Nationalparks Öl im Wert vieler Milliarden Dollar lagert, Peru, in dessen Dschungel Gas gefunden wurde.

In Berlin regierte damals die Große Koalition, die Sozialdemokratin Heidemarie Wiecek-Zeul führte das Entwicklungsministerium, und zwei Jahre nach der Rede des ecuadorianischen Präsidenten erwog Deutschland, sich über 13 Jahre jährlich mit 50 Millionen Dollar an der Rettung des Yasuní zu beteiligen. Dann gab es Wahlen, und seit Herbst 2009 war da plötzlich dieser blonde Mann im Ministerium, Dirk Niebel.

Es ist ein Vormittag im Februar dieses Jahres, als der deutsche Entwicklungsminister dem Hamburger Mittelstand seine Aufwartung macht. In dem holzgetäfelten Saal der Handelskammer Hamburg hüstelt das Publikum gedämpft, als Dirk Niebel das Wort ergreift. Niebel

ist Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, aber das mit der Entwicklung hat der Chef der Handelskammer bei seiner Ankündigung verschluckt. Niebel sagt, er wolle für die »neuen Produkte« seines Ministeriums werben, er sagt: »Meine Damen und Herren, wir müssen Win-win-Situationen schaffen, damit Sie ein Interesse haben, uns zu helfen.« Um einen langen, ovalen Tisch sitzen etwa 40 Unternehmer in dunklen Anzügen mit Einstecktüchern, sie nicken. Niebel ist fast 50 Jahre alt, aber mit seinen roten Backen wirkt er zwischen den ergrauten Köpfen wie ein Junge, der vom Raufen kommt.

Seit eineinhalb Jahren steht Niebel jetzt dem Ministerium vor, das seine Partei, die FDP, einst abschaffen wollte, und noch immer tourt er mit einer Art Werbeshow durch die Handelskammern, um die Firmen von seiner Neuausrichtung zu überzeugen, davon, dass er kein »Arbeitsministerium« führt und auch kein »Weltsozialamt«. »Nachhaltige Entwicklung kann nur die Wirtschaft schaffen«, das ist einer seiner Lieblingssätze. Oder: »Es ist kein Fehler, wenn Entwicklungszusammenarbeit für deutsche Unternehmen von Vorteil ist.«

»Wir predigen das seit Jahren«, lobt der Chef der Hamburger Handelskammer. »Das Größte, was wir diesen Ländern bieten können, ist doch die Teilhabe am Welthandel.«

Deshalb wolle er die Kooperation zwischen seinem Ministerium und »dem Privatsektor« stärken, sagt Niebel. Wer eine Idee für eine Investition in einem Entwicklungsland habe, könne sich an eine neue Servicestelle in seinem Ministerium wenden, die sich einzig darum kümmere, Unternehmen in »schwierigen Ländern« zu helfen – von Machbarkeitsstudien, die der Staat finanziere, bis hin zu günstigen Krediten. Auf 60 Millionen Euro hat Niebel den Etat für Unternehmenskooperationen verdoppelt, sein Ministerium entsendet jetzt »Entwicklungscouts« in die Wirtschaftsverbände. Am Ende dieses Vormittags bahnen seine Leute am Buffet Geschäfte an.

Wenige Wochen später sitzt Dirk Niebel in seinem Berliner Büro und sagt: »Das hier war ja vorher die Kuschelecke. Die hab ich abgeschafft.« An den Stellwänden unten im Foyer hängen nicht mehr Fotos von afrikanischen Kindern mit Blähbäuchen, sondern Bilder von deutschen Ingenieuren, die lächelnd ein Kraftwerk einweihen. Seine Vorgängerin mochte afghanische Mädchenschulen und Anti-Beschneidungs-Initiativen, Niebel mag alles, was man eröffnen kann. Alles mit Pumpen, Kränen und Beton. Nennt ihn jemand Entwicklungshilfeminister, schüttelt es ihn. »Durch reine Hilfe von außen entwickelt sich kein Land«, sagt er.

Niebel war mal Arbeitsvermittler beim Arbeitsamt Heidelberg, er weiß: »Viel Geld hilft nicht automatisch viel.« Als Abgeordneter im Bundestag schlug er vor, die Arbeitsagenturen abzuschaffen. Bei Parlamentsdebatten zum Schuldenerlass für afrikanische Staaten rief er dazwischen: »Und wie viele Lehrer könnten wir davon einstellen?« Als FDP-Generalsekretär forderte er die Auflösung des Entwicklungsministeriums, doch nachdem seine Partei 2009 den Wahlsieg eingefahren hatte, wurde Niebel in den Koalitionsverhandlungen plötzlich: Entwicklungsminister. Er sagt: »Ich hatte die Wahl: Entweder macht ein anderer weiter wie früher – oder ich mach es selber besser.«

Es schien wie ein großes Missverständnis. Fünf Jahre lang hatte Niebel als Generalsekretär das Eigeninteresse zum Markenkern seiner Partei geformt. Jetzt stand er einem Ministerium vor, dessen Markenkern der Altruismus war. »Ministerium für das Gute in der Welt«, nennt er sein Haus ironisch.

Bei seiner ersten Auslandsreise als Minister stellte er sich mit einer verspiegelten Sonnenbrille in ein kongolesisches Flüchtlingslager, auf dem Kopf seine alte militärgrüne Gebirgsjägermütze. Rambo-Niebel, schrieben die Zeitungen. Niebel grinst, wenn er sich daran erinnert. In seinem Büro hat er inzwischen eine ganze Sammlung von Kopfbedeckungen angelegt, vom Vietcong-Helm bis zur Basecap, alles Geschenke, die er auf Staatsbesuchen bekam. Niebel hat kein Problem damit, anzuecken. In seiner Freizeit spielt er Rugby. Von jeder seiner Reisen gibt es jetzt Fotos von ihm und dieser speckigen Bundeswehrmütze.

Früher hat Niebel mal eine Fallschirmjäger-Truppe geführt. Bei seinem Amtsantritt im Oktober 2009 kam es ihm vor, als hätte er sich »mitten im Kampfgebiet abgeseilt«. Über die Flure seines Ministeriums sah er einen Haufen Spät-68er mit Faible für die Subsahara laufen, Bartträger im Alpaka-Pullover, die Kriegstraumata mit Tanztherapien heilen wollten. Niebel ahnte: Das »Gute in der Welt« würde von nun an versteckt daherkommen, in Form von Vorlagen, die die Ideologie seiner Vorgängerin enthielten, scheinbar harmlos in der Mitte eines Aktenstapels. All ihre Gender-Projekte, diese Regenwald-Sache in Ecuador. Aber Niebel sagt: »Ich bin nicht dazu gewählt worden, linke Träume zu erfüllen.«

Er stoppte die Überweisungen für Uganda, Sambia und Malawi in zweistelliger Millionenhöhe, weil er mit der dortigen Menschenrechtslage nicht einverstanden war. Er strich den zivilen Friedensdienst zusammen, der Aussöhnungsprojekte nach Bürgerkriegen unterstützt, er kürzte bei der Frauenförderung, weil ja schon seine Vorgängerin dafür gesorgt habe, »dass jede afghanische Frau einen Führerschein hat«, wie er sagt.

Niebel ersetzte alle Abteilungsleiter. »Ich denke in Aufträgen«, sagt er, »und mein Auftrag ist der schwarz-gelbe Koalitionsvertrag.« Der verpflichtet ihn, die Interessen der deutschen Wirtschaft »angemessen zu berücksichtigen«.

Auf Niebels Reisen begleiten ihn jetzt meistens Unternehmer. Als er im November 2010 mit einer Delegation nach Südamerika flog, waren der Geschäftsführer der Wassertechnikfirma VAG Armaturen, ein Manager des Stromkonzerns EnBW und zwei Mitarbeiter der Lecktechnikfirma Hermann Sewerin dabei. Politik, das ist für Niebel das Schaffen günstiger Investitionsbedingungen. Evo Morales, dem linken Präsidenten Boliviens, drückte er als Gastgeschenk ein Berliner Mauerstück in die Hand – »als Erinnerung an die Überwindung von 40 Jahren sozialistischer Diktatur«. Niebel flog auf dieser Reise nach Bolivien, Peru und Kolumbien. In Ecuador, im Yasuní-Nationalpark, war er nicht.

Wenn Ivonne Baki davon erzählt, wie sie diesem Wald zum ersten Mal begegnete, ringt sie auch heute noch um Worte. Baki ist an der Küste aufgewachsen, sie hat lange in New York gelebt, und bis zu dem Tag, an dem der Präsident sie bat, den Regenwald zu retten, war sie nie im Yasuní gewesen. Jetzt stand sie vor Bäumen, deren Stamm so dick war, dass es ein Dutzend Menschen bräuchte, um sie zu umfassen. Affen sprangen über ihren Kopf, und nachts in ihrer Hütte lauschte sie dem Klang der Stille. »Ich fühlte mich wie neugeboren«, sagt sie. Aber aus dem Helikopter sah sie auf dem Rückflug auch die Menschen, die in Flüssen badeten, deren Wasser schlierig war vom Öl, sie sah all die schwarzen Seen, die erst die Kopfschmerzen in den Yasuní brachten und dann den Krebs.

»Wir springen an Niebels Ohr wie Flöhe – aber er merkt es nicht«

Seit diesem Tag hetzt Baki von einem Meeting in das nächste. Dauernd klingelt jetzt in ihrem Büro das Telefon. Sie hat Obamas Internetleute dafür gewonnen, eine Facebook-Seite zu betreiben, »und wir müssen twittern«, sagt sie, als plötzlich eine Nachricht auf dem Display ihres iPhones aufleuchtet. Ein Lächeln fliegt über ihr Gesicht. »Peru«, sagt sie, »will 100.000 Dollar geben.«

Bis Ende dieses Jahres muss Baki im Ausland Zusagen über 100 Millionen Dollar einsammeln. Es soll eine Art Testlauf sein, wie ernst es der Welt ist mit ihrer Unterstützung. Spanien, sagt Baki, habe eine Million Dollar zugesagt, ebenso Chile. Italien bot an, 25 Millionen seiner Staatsschulden zu erlassen, und über ein ähnliches Modell hat sie vor Kurzem in Paris gesprochen. Das meiste aber sind noch vage Angebote. »Alle gucken, was die Deutschen tun«, sagt sie. »Wenn die Deutschen dabei sind, ziehen sie die anderen mit.«

In zwei Wochen will Baki nach Deutschland kommen. Sie wird Winfried Kretschmann treffen, den neuen grünen Ministerpräsidenten in Baden-Württemberg, ein Staatssekretär aus dem

Auswärtigen Amt in Berlin hat zugesagt. Nur der Mann, der alles entscheiden kann, weicht ihr aus. Man wisse noch nicht, lässt ihr sein Büro ausrichten, ob Minister Niebel in Berlin sei.

Baki sagt, dass sie gelernt habe, sich in Geduld zu üben. Nach ihrem Kunststudium in Harvard gründete sie eine Stiftung, die Künstler zusammenbrachte, deren Völker Krieg gegeneinander führen. Immer kam es darauf an, Vertrauen zu schaffen. Politik, das ist für Baki die Kunst, Brücken zu bauen.«

An einem Morgen Mitte Mai, kurz vor ihrem Abflug nach Berlin, trifft sie sich im Präsidentenpalast in Ecuador mit einigen Mitarbeitern, um ihre Reise vorzubereiten. Carlos Larrea sitzt dabei, ein Wissenschaftler, der die Verhandlungen begleitet, auf einem Bildschirm ist der ecuadorianische Botschafter in Berlin zuschaltet.

Baki sagt: »Ban Ki Moon hat uns versprochen, im Herbst eine Generalversammlung anzusetzen, nur für den Yasuní! Gibt es was Neues von Minister Niebel?«

Baki blickt auf den Bildschirm.

Der Botschafter ist ein Mann mit einem mächtigen schwarzen Bart. »Wir sind wie Flöhe«, sagt er. »Wir springen an sein Ohr, aber er merkt es nicht.«

Immerhin, sagt der Botschafter, hätten sie jetzt die Zusage erhalten für ein Treffen mit Gudrun Kopp, Niebels Staatssekretärin. Vielleicht, sagt Baki, könne es nur so gehen, über Leute, die auf den Minister einwirken. Ihre Briefe prallen ab an einer Wand aus Höflichkeit. In ihren Antworten loben Niebels Leute ihren Plan als ein »interessantes Projekt«, nur um dann wieder Fragen zu technischen Details zu stellen, die Baki längst geklärt glaubte.

»Die Zukunft unseres Landes hängt vom Gelingen dieses Plans ab«, sagt Carlos Larrea, als er am Nachmittag in seinem kleinen Büro in der Universidad Andina sitzt. Larrea hat ein Buch verfasst über Ecuador und das Öl. Er weiß, was es bedeuten würde, wenn sie scheitern.

Es war in den sechziger Jahren, als der amerikanische Konzern Texaco damit begann, Teile des Regenwalds zu planieren. Bohrplattformen wurden angelegt, Straßen, und im Niemandsland entstanden Städte wie El Coca oder Lago Agrio, staubige Provinznester, in deren Speunken sich Huren, Holzfäller und Tagelöhner traf. »Es waren gefährliche, gesetzlose Gebiete«, sagt Larrea. Die Ölfirmen versteckten ihre eigenen Arbeiter in Camps, Konzerne wie Occidental, Repsol oder Petrobras.

Was zurückblieb, wenn die Firmen weiterzogen, waren die Schwermetalle, das Chrom, das Cadmium, das Barium. In Lago Agrio gibt es heute eine Spezialklinik für Krebserkrankungen.

Wie groß die Schäden sind, kam zum ersten Mal ans Licht, als 30.000 Ureinwohner vor acht Jahren eine Sammelklage gegen den Ölkonzern Texaco einreichten. Ein Indianer namens Emerejildo Criollo hatte die Sache angestoßen. Seine Familie konnte nicht mehr fischen, weil die Fische tot im Wasser trieben. Die Familie konnte nicht mehr jagen, weil die Tiere aus dem Wald verschwunden waren. Criollos erster Sohn starb noch als Baby, sein zweiter wurde nur neun Jahre alt. Criollos Nachbarn hatten Eltern, die der Darmkrebs hingerafft hatte, oder Nierenkrebs, oder Leukämie. Sie hatten Söhne, die mit Missbildungen geboren wurden, und Töchter, die der Pilz befallen hatte. Es war der größte Umweltprozess der Geschichte. Im Februar 2011 verurteilte das Gericht in Lago Agrio den Konzern Chevron/Texaco zu acht Milliarden Dollar Schadensersatz.

Niebel sagt: »Ich zahle doch nicht, damit ein Land etwas unterlässt«

Als der Präsident Rafael Correa 2007 sein neues Amt antrat, machte er die Ölkonzerne zu Dienstleistern des Staates. 65 Prozent ihrer Einnahmen müssen sie heute versteuern. Der Präsident stoppte die Vergabe von Förderkonzessionen. Und in der Verfassung, die er verab-

schiedete, ist jetzt geregelt, dass der Präsident das Volk befragen muss, bevor er in einem Nationalpark wie dem Yasuní Öl fördern lassen darf.

»Es ist eine Verfassung«, sagt der Wissenschaftler Carlos Larrea, »die sich an den Leitbildern der Ureinwohner ausrichtet«, an sumak kawsay, ihrer Vorstellung vom guten Leben, einem Leben, das Einsicht kennt in die Grenzen der Natur. »All dies«, sagt Larrea, »ist der Boden, auf dem unser Plan entstand.«

Erich Stather, im Jahr 2007 einer der Staatssekretäre im deutschen Entwicklungsministerium, war begeistert, als er vom Plan der Ecuadorianer hörte. »Endlich einmal«, sagt er, »hatten wir die Chance, zu handeln, bevor es zu spät ist.«

Stather ist 63, er spricht weiches Badisch, und seine Hände gestikulieren immer noch lebhaft, als er in einem Frankfurter Café von der Aufbruchstimmung damals im Berliner Ministerium erzählt. Er sagt: »Mit unserem Geld werden Atom-U-Boote in russischen Häfen abgerüstet, Ölschäden an afrikanischen Küsten beseitigt, und schon jetzt bezahlen wir jährlich Millionen für die Regenerierung ecuadorianischer Waldgebiete.«

Vier Milliarden Dollar, errechneten Wissenschaftler, würde die Säuberung des Yasuní nach der Ölförderung kosten. Stather sagt: »Auch an der Behebung dieses Schadens würde die Welt sich beteiligen müssen.«

Im Jahr 2008, kurz nachdem der Bundestag für die Yasuní-Rettung gestimmt hatte, gab Stather für 250.000 Euro ein Gutachten in Auftrag: Wie würde man die Vereinbarung, das Öl im Boden zu lassen, rechtsverbindlich machen können? Wie könnte garantiert werden, dass das eingezahlte Geld nicht verloren ist, falls Ecuador eines Tages doch beschließen sollte, das Öl zu fördern?

Immer öfter kam jetzt Carlos Larrea mit seinen Leuten in Stathers Büro, um über die Details zu reden. »Wie genau wollt ihr das Geld verwenden?«, fragte Stather, und seine Gäste sprachen von neuen Schulen, von Ökotourismus und Wasserkraftwerken. »Ihre Referate waren jedes Mal ausgefeilter«, sagt Stather. Er mochte diese Ecuadorianer, sie erschienen ihm enthusiastisch, aber seriös.

Stather war zuversichtlich: Die Yasuní-Initiative war ein Vorzeigeprojekt seiner Ministerin, und gemeinsam zogen sie mit ihrer Begeisterung jetzt auch andere Länder mit. Die Regierung in Madrid sagte zu, die in Rom, die Niederländer zeigten Interesse, die Belgier, die Norweger. Doch Stather ist SPD-Mitglied, und nach der Bundestagswahl 2009 schickte Dirk Niebel ihn in den einstweiligen Ruhestand. »Kurz bevor ich ging«, sagt Stather, »präsentierten uns die Ecuadorianer eine Lösung, die nahezu perfekt war.«

Sein Verhandlungspartner, der Wissenschaftler Carlos Larrea, hatte mit seiner Arbeitsgruppe die Idee eines Treuhandfonds entworfen, der an die Vereinten Nationen angegliedert sein sollte. Deutschland und die anderen Geberländer würden für ihre Einzahlungen Emissionszertifikate erhalten, die sie auf ihren CO₂-Verbrauch anrechnen könnten. Was mit dem Geld aus dem Fonds geschieht, würde ein internationales Gremium kontrollieren. Falls künftige Regierungen doch Öl förderten, so garantierte ein Vertrag, dass sich die eingezahlten Gelder in Staatsschulden verwandelten. Alle Bedenken der Deutschen schienen ausgeräumt.

Am 3. August 2010 unterschrieben Ecuadors Vizepräsident Lenin Moreno und die UN-Votreterin Rebeca Grynspan einen Vertrag, der den Treuhandfonds besiegelte. Ecuador leiste einen »innovativen, gewagten und bahnbrechenden Beitrag für die Menschheit«, sagte die Vertreterin der Vereinten Nationen feierlich in Ecuadors Hauptstadt Quito.

Dirk Niebel, der deutsche Entwicklungsminister, hält wenig von solchen internationalen Fonds. Sie seien oft korruptionsanfällig und schwierig zu kontrollieren, sagt er. Dem Global Fund, mit dessen Geld weltweit Malaria, Aids und Tuberkulose bekämpft werden, strich er gerade erst den deutschen Jahresbeitrag von 200 Millionen Euro. Bei diesem Fonds der Ecu-

dorianer störte ihn schon die Idee. »Ich zahle doch nicht, damit ein anderes Land etwas unterlässt«, sagt Niebel. Da könne ja jeder kommen, die Emirate, Kuwait, jedes Opec-Mitglied. »Da öffnet man eine Tür, die man nie wieder zubekommt.«

Niebel mag keine Ideen, von denen die Welt irgendwann etwas hat, irgendwie. Niebel will nichts unterlassen, er will etwas schaffen, jetzt, sofort. Mehr als 40 Länder hat er seit seinem Amtsantritt besucht, er hakt sie in seinem Büro auf einer Karte ab, und am liebsten sind ihm die Orte, an denen jetzt die deutsche Flagge weht. Leuchtturmprojekte wie eine schwäbische Zementfabrik in Namibia oder eine Wasseraufbereitungsanlage im Kosovo, erbaut vom hessischen Mittelständler Lahmeyer International.

Es ist Anfang Mai, der zweite Tag seiner Balkan-Reise, als Niebels Wagenkolonne an einer Baugrube stoppt. Niebel steht neben dem kosovarischen Premierminister Thaçi auf einem Acker nahe Prishtinë, der weiße Qualm eines Kohlekraftwerks zieht über ihn hinweg, auf seinem Kopf trägt er einen gelben Helm. »Wolln wer mal«, sagt Niebel, dann wuchtet er eine Schippe Zement in die Grube. Niebel strahlt. In zwei Jahren wird hier die größte Hochspannungsleitung des Kosovos verlaufen, zur Hälfte finanziert von der deutschen Entwicklungsbank KfW.

Es sind Momente wie dieser, deretwegen Niebel sein neuer Job Spaß macht. Momente, in denen er merkt, dass Entwicklungsländer »ihre Hausaufgaben machen«. Auf einem Bauschild sieht man das Logo des Siemens-Konzerns. Niebel begreift Entwicklungsausgaben als Investitionen, die sich refinanzieren. »Von einem ausgegebenen Euro«, sagt er, »fließen 1,80 Euro nach Deutschland zurück.«

Obwohl seine Partei in den Umfragen unter die Fünf-Prozent-Marke gerutscht ist, hat Niebel beste Laune. Morgens um sieben ist er der Erste, der abfahrbereit in der Hotellobby steht, abends ist er der Letzte, der an der Bar die Runden bestellt. Weil Niebel selbst an hektischen Tagen nie seine Umgänglichkeit verliert, haben im Ministerium inzwischen sogar viele Sozialdemokraten ihren Frieden mit ihm gemacht. Unter seiner sozialdemokratischen Vorgängerin gab es Regeln zur Temperatur ihres Trinkwassers, zur Öffnung ihrer Wagentür und ein Swimmingpoolverbot für alle Delegationsmitglieder. Dirk Niebel hat nur eine Regel: Er will nicht tanzen.

Während der Balkan-Reise lässt er sich vom deutschen KFor-Kommandanten die Sicherheitslage im Kosovo erläutern und weiht eine Fernwärmanlage ein. Er erkundigt sich bei einem arbeitslosen Roma, ob er im Garten seines Hauses Tiere halten dürfe, und errötet, als der Bürgermeister eines Dorfes sich feierlich für die neue Schule bedankt. Früher mühte er sich im Bus durch die Ebenen der Wahlkämpfe und musste sich im Fernsehen von Maybrit Illner belächeln lassen, jetzt fliegt er mit einer Regierungsmaschine durch die Welt und wird von Staatspräsidenten empfangen. Er ist jetzt der Minister mit den guten Nachrichten. Sein Publikum hört ihm ehrfürchtig zu, wenn er hinter beeindruckenden Rednerpulten spricht. Am Ende klatscht es immer.

Niebel verfügt über rund sechs Milliarden Euro, den zweitgrößten Investitionsetat Deutschlands, wie er sagt, gleich nach dem des Verkehrsministers. In vielen Ländern, die er bereist, ist sein Ministerium der größte Geldgeber. Aber Niebel erklärt seinen Gesprächspartnern: »I am not the minister for charity.« Ich bin nicht der Minister für Wohltätigkeit. »Win-win-Situation« ist Niebels Lieblingsausdruck. »Die Politik meines Hauses schafft 140.000 deutsche Arbeitsplätze«, sagt er oft. Und wenn man ihn darauf anspricht, dass das nach staatlich gelenkter Industriepolitik klingt, so gar nicht nach seiner FDP, dann sagt er: »Die Außenhandelspolitik war schon immer ein klassisches liberales Feld.«

Aus dem Internet erfuhr Ecuadors Regierung von Dirk Niebels Absage

In Vietnam soll Siemens den Zuschlag für den Bau einer neuen Großstadt-UBahn bekommen, obwohl Konkurrenten ein günstigeres Angebot abgegeben hatten – nachdem Deutschland zusagte, die Differenz von 86 Millionen Euro zuzuschließen. Eine große deutsche Werft wird demnächst für 100 Millionen Euro ein Fährschiff nach Indonesien liefern, das eigentlich viel zu teuer ist für den Fährverkehr zwischen den kleinen Inseln – weil Niebels Ministerium rund 48 Millionen Euro beisteuern will. Beide Ausgaben werden auf die ODA-Quote angerechnet, die offizielle deutsche Entwicklungshilfe.

Aber ist es noch Entwicklungspolitik, wenn man Unternehmen bezuschusst, die ohnehin investiert hätten? Wenn man ihren Export fördert, obwohl ihre Angebote nicht konkurrenzfähig sind? Wenn man sich nicht mehr am Bedarf eines armen Landes orientiert, sondern am Bedarf einer deutschen Firma?

Nur ein Drittel der deutschen Entwicklungsgelder fließt in die ärmsten Länder, der Rest in Schwellenländer mit guten Investitionsbedingungen, oft in Sektoren, in denen deutsche Firmen Marktführer sind. In einer Studie warnt die OECD die Bundesrepublik vor einer Außenwirtschaftsförderung mit anderen Mitteln. Es sieht so aus, als habe Dirk Niebel auf Umwegen sein Ziel erreicht. Er hat, auf seine Weise, das Entwicklungsministerium abgeschafft.

Niebel weiß, dass bald wieder diese Regenwald-Delegation nach Deutschland reisen wird. Immer wieder haben ihn selbst Parteifreunde genervt mit diesem Yasuní-Projekt, »flieg doch mal dahin, schau es dir an«. Aber Niebel blieb hart. »In diesem Fonds«, sagt er, »sitzen drei Vertreter der ecuadorianischen Regierung, ein Vertreter der ecuadorianischen Zivilgesellschaft und drei Vertreter der Geberländer. Wo wäre da der deutsche Einfluss?«

Es war im August 2010, als eine Anfrage der Abgeordneten Ute Koczy auf Niebels Schreibtisch landete. Ob er nicht prüfen wolle, ob Deutschland in diesen »durchaus spektakulären Fonds« einzahlen könne, wollte die grüne Politikerin wissen. Kurz darauf schrieb Niebel in seiner Antwort: »Bezüglich des Yasuní-Projektes sind noch wesentliche Fragen offen. Es fehlen ein einheitlicher Begründungszusammenhang, eine klare Zielstruktur und konkrete Aussagen darüber, welche Garantien für einen dauerhaften Verzicht auf die Ölförderung gegeben werden.« Vor allem, fügte Niebel an, könne eine Unterstützung des Projekts »eine Präzedenzwirkung« entfachen. Andere Länder könnten Ansprüche anmelden. Deshalb, schloss er, »werden wir die Einzahlung in den Treuhandfonds nicht in Betracht ziehen«.

»Es war ein Schock«, sagt Ivonne Baki, die ecuadorianische Verhandlungsführerin. Ihre Regierung hat aus dem Internet von Niebels Absage erfahren – Ute Koczy hatte seinen Brief auf ihre Homepage gestellt. Kurz darauf sagte Präsident Rafael Correa seinen lange geplanten Staatsbesuch in Deutschland ab.

»Deutschland schadet seinem Ruf in der Welt«, schimpfte die Grüne Bärbel Höhn im Bundestag. »Das Risiko für den deutschen Steuerzahler wäre minimal gewesen«, sagte Sascha Raabe, der Entwicklungsexperte der SPD. Und sogar Niebels Parteikollege Harald Leibrecht fordert: »Wir sollten mutiger sein – eine hundertprozentige Garantie gibt es nie!«

Es ist kurios. Selten hatte ein Projekt so viele Fürsprecher, aber Dirk Niebel stoppt es, weil er keinen Präzedenzfall schaffen will. Dabei sollte es gerade das sein, ein Präzedenzfall, der Anfang einer neuen, vorausschauenden Politik.

Es ist Ende Mai. Ivonne Baki sitzt in einem Konferenzraum der ecuadorianischen Botschaft in Berlin. Der Botschafter ist da, und sie hoffen immer noch auf ein Gespräch mit Niebel. Es ist ein letzter, ein verzweifelter Versuch. Baki will in Berlin auch Manager deutscher Firmen treffen. Siemens, sagt sie, könnte seine Technik liefern, wenn Ecuador ein Wasserkraftwerk baue. »Eine Win-win-Situation«, sagt Baki, und wenn Dirk Niebel sie jetzt hören könnte, würde ihm diese Frau gefallen.

Am Morgen hat Baki mit deutschen Abgeordneten gefrühstückt. Später hat sie Interviews gegeben, und jetzt, beim Kaffee, wandert ihr Blick immer wieder auf das Handy. Noch immer nichts aus Niebels Ministerium. Ob es ein Fehler ihres Präsidenten war, fragt Baki sich, diese Jahresfrist zu setzen? Vielleicht, sagt sie, habe Präsident Correa etwas zu laut davon gesprochen, dass Plan B eine Option sei.

Die Ölfirma, sagt der Präsident, könne bald mit den Bohrungen beginnen

Bei ihr zu Hause machen die Ölkonzerne politischen Druck, Konsortien aus Brasilien, aus China. Die Chinesen haben Ecuador erst kürzlich einen Zweimilliardenkredit gewährt, den das Land mit Öl zurückzahlen muss. Die Konzerne sind weit fortgeschritten mit ihren Erschließungsstudien, und der Präsident hat schon darauf hingewiesen, dass der Ölpreis heute doppelt so hoch sei wie vor vier Jahren, als er vor den Vereinten Nationen sprach.

Es sind wechselhafte Tage in Berlin. Winfried Kretschmann, der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, hat Baki versprochen, bald nach Ecuador zu kommen. Ein Kulturreferent der Stadt Berlin hat eingewilligt, ein Benefizkonzert für den Yasuní zu veranstalten, und selbst bei Siemens waren sie begeistert. Überall, sagt Baki, treffe sie Leute, die sich bei ihr entschuldigen, die sagten, dass Deutschland anders denke als Dirk Niebel. Und so, wie Baki das erzählt, kommt es einem vor, als sei es leichter, die ganze Welt zu ändern, als diesen einen Mann.

Baki weiß, dass Niebel in der Stadt sein muss. Am nächsten Tag wird er die georgische Wirtschaftsministerin empfangen, und er wird Ulrich Wickert den Walter-Scheel-Preis überreichen. Da betritt plötzlich ein Botschaftsangestellter den Raum. Das Büro von Niebels Staatssekretärin habe sich gemeldet. Sie lasse sich entschuldigen, der Termin mit ihr müsse ausfallen, sie sei krank.

»Die Welt«, sagt der ecuadorianische Präsident wenige Tage später in einer Fernsehansprache, »hat keine Tatsachen geschaffen.« Petroamazonas, habe er erfahren, sei jetzt so weit. Wenn nichts Überraschendes mehr geschehe, könnten die Leute vom Ölkonzern im Januar mit den Bohrungen beginnen.

ZEIT  ONLINE 06.10.2011

ECUADOR

Niebels einsamer Kampf gegen Yasuní

Ecuador will einen Nationalpark vor Ölbohrungen verschonen, wenn die Welt dafür zahlt. Auch die Bundesregierung ist dafür – nur der Entwicklungsminister nicht.

Von Steffen Trumpf

Ecuador ist ein kleines Land. Doch eine Idee des ecuadorianischen Präsidenten hat das Zeug zu einer großen Revolution. Sie könnte unseren Umgang mit den Schätzen der Natur grundlegend ändern. Wäre da nicht ein einflussreicher Gegenspieler: der deutsche Entwicklungsminister Dirk Niebel.

Bereits im September 2007 hatte Ecuadors Präsident Rafael Correa der Welt angeboten, auf ertragreiche Ölbohrungen im Nationalpark Yasuní zu verzichten. Die internationale Gemeinschaft sollte für die Hälfte der entgangenen Gewinne aufkommen. „Wir wären bereit, auf die

Hälfte unserer Einnahmen zu verzichten, wenn uns die Welt die andere Hälfte erstattet“, sagte Correa.

Der Wert der rund 850 Millionen Barrel Öl, die unter dem Reservat lagern, wird auf mehr als sieben Milliarden Dollar geschätzt. Mehr als dreieinhalb Milliarden Dollar müsste die internationale Gemeinschaft also beisteuern. Das Geld soll in einen Treuhandfonds fließen, damit garantiert werden kann, dass Ecuador auch wirklich auf die Bohrungen verzichten würde.

Die Herausforderung, etwas nicht zu tun

Die Angelegenheit ist vielmehr als bloß ein nationales Problem Ecuadors. Es geht um die grundsätzliche Frage: Verzichtet die Welt aus Gründen der Nachhaltigkeit darauf, Profit zu erwirtschaften? Um es mit den Worten eines Werbeplakates der ecuadorianischen Botschaft zu sagen: Meistert die Welt die Herausforderung, „etwas nicht zu tun, obwohl man es könnte“?

Jedoch haben erst wenige Staaten in den Fonds eingezahlt. Spanien überwies 1,4 Millionen US-Dollar, Australien 500.000, aus der belgischen Region Wallonien gingen 436.000 US-Dollar ein. Peru trägt 300.000 bei, Kolumbien 100.000. Auch andere Länder wie die Türkei und Chile lieferten zunächst hauptsächlich symbolische Beiträge. Italien immerhin erließ Ecuador millionenschwere Schulden, die dem Fonds zugute kommen.

Ein Problem für die Organisatoren der Initiative: Die Regierungen der USA, Chinas und in Russlands beteiligen sich laut der ecuadorianischen Botschaft in Berlin nicht an dem Programm. Deshalb hofft Ecuador auf die Europäische Union, die ihr Mitwirken wie mehrere Organisationen und Privatpersonen zugesichert haben. Auch die Schweiz, Kanada und Kalifornien wollen Yasuní finanziell unterstützen. Hinzu kommt Unterstützung von Berühmtheiten wie Michail Gorbatschow, Leonardo di Caprio, Edward Norton und Prinz Charles oder von milliardenschweren Gönnern wie dem brasilianischen Bauriesen Odebrecht. Amy Meritl, Biologin an der Boston University, sagt stellvertretend für Dutzende weitere Intellektuelle, die das Projekt retten wollen: „Die Erhaltung des Yasuní kann als eine Frage von weltweiter Bedeutung gesehen werden.“

Auch in Deutschland gibt es viele Befürworter des Projektes. Unter der großen Koalition wurden jährliche Zahlungen von 40 Millionen Euro in Aussicht gestellt. Seit Schwarz-Gelb regiert, gibt es allerdings ein Problem: Dirk Niebel ist strikt gegen das Projekt. Der Entwicklungsminister hält nichts davon, dass Ecuador dafür belohnt wird, dass es eben nichts tut. „Ich richte auch keinen Fonds als Belohnung dafür ein, dass vor Somalia keine Schiffe mehr von Piraten überfallen werden“, schrieb Niebel in der *taz*. Deutschland wolle nicht in die Yasuní-Initiative, sondern in das UN-Programm *Reducing Emissions from Deforestation and Degradation*, kurz Redd+, investieren, hieß es im Entwicklungsministerium (BMZ). Die Organisatoren in Ecuador befürchten nun, dass Deutschlands Ablehnung dazu führen könnte, dass auch andere Länder in der EU kein Geld für Yasuní geben wollen. Das deutsche Nein könnte durchaus zum Scheitern der Kampagne führen. Das Kuriose dabei ist: Innerhalb der Bundesregierung ist es allein das BMZ, das die Initiative ablehnt.

Denn auch die Christdemokraten sind für eine Bezuschussung der Yasuní-Initiative. „Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion spricht sich für einen finanziellen Beitrag Deutschlands für ... Yasuní ... aus“, schrieben die Abgeordneten Christian Ruck (CSU) und Anette Hübinger (CDU). Dadurch würde ein wichtiges politisches Signal in Richtung der anderen europäischen Geberländer gesandt. „Im Umfeld laufender internationaler Verhandlungen über den Schutz der Biodiversität kann ein Modellfall große Bedeutung erlangen“, sagte Ruck ZEIT ONLINE. Auch innerhalb der FDP gibt es vereinzelt Zustimmung für die Yasuní-Idee. Der Bundestagsabgeordnete Harald Leibrecht etwa hält das Projekt für „eine begrüßenswerte Initiative“. Das Gros der Fraktion vermeidet es aber, gegen den Minister zu opponieren.

Kritische Worte kommen von der Opposition. „Die Haltung Dirk Niebels ist katastrophal und ignorant“, sagt der entwicklungspolitische Sprecher der SPD, Sascha Raabe. Merkel müsse den „starrsinnigen Minister“ endlich zur Ordnung rufen, denn Niebels Haltung schädige die deutschen Beziehungen nach Südamerika und falle am Ende auch auf die Kanzlerin und Umweltminister Röttgen – beide gelten als Befürworter des Yasuní-Projektes – zurück. „Der Yasuní-Nationalpark darf nicht der Betonkopf-Mentalität von Dirk Niebel geopfert werden“, sagt Raabe.

Ähnlich sieht es Ute Koczy, die Zuständige für Entwicklungspolitik der Grünen: „Niebel verändert die Linie der deutschen Politik.“ Die Zusage Deutschlands hatte der Minister nach seinem Amtsantritt rückgängig gemacht. So verliere Deutschland seine Rolle als weltweites Vorbild der Entwicklungspolitik, sagt Koczy.

Der deutsche Beitrag zur Rettung des Nationalparks sei kein überdimensionaler Betrag im Vergleich zu den Geldern, die Deutschland in der Schuldenkrise ausgabe, sagt die entwicklungspolitische Sprecherin der Linken, Heike Hänsel. „Die Piraten-Aussage zeigt, wie der Minister tickt.“ Ginge es nach Hänsel, sollte die Initiative von nun an vom Umweltministerium behandelt werden. „Der Yasuní-Nationalpark darf nicht für die ideologische Verbohrtheit einer desolaten FDP und ihres Entwicklungshilfeministers geopfert werden“, sagt Hänsel.

Niebel will mit seiner Haltung einen Präzedenzfall vermeiden, so sein Hauptargument. „Ein großer Teil der Ressourcenvorkommen lagern in Entwicklungs- und Schwellenländern“, schreibt Niebel. Eine Zusage für Yasuní werde in immer neuen Forderungen münden.

Mehr als 400 Millionen Tonnen weniger Kohlendioxid

Derzeit aber geht es nur um Yasuní. Die Gründe gegen eine Ölbohrung dort liegen auf der Hand: Die Biodiversität des Nationalparks ist einzigartig. Nirgendwo auf der Welt ist die Artenvielfalt größer: Es gibt 2.274 Baum- und Buscharten, 593 entdeckte Vogelarten, 150 Amphibien- und 121 Reptilienarten in dem Reservat. Nirgendwo sonst leben mehr Insektenarten als im Yasuní. Eintausend Flüsse durchkreuzen den insgesamt fast eine Million Hektar großen Nationalpark. Außerdem leben mit den Tagaeri und den Taromenanen zwei indigene Völker in dem Reservat.

Die Anthropologin Doreen Montag, die die ecuadorianische Botschaft in Berlin extra aus Canberra eingeflogen hat, damit sie über die Risiken einer Zerstörung des Yasunís referieren kann, lenkt den Blick von den ökonomischen Interessen auf die gesundheitliche Ebene: „Es geht um viel mehr als um Geld. Ecuador gibt uns die Möglichkeit, unsere Beziehung zu unserem Planeten zu überdenken.“ Deutschland könne sich nicht abschotten, denn dieses Problem sei international. Es gehe schlichtweg um das höchste globale Allgemeingut: um Weltgesundheit. Immerhin 407 Millionen Tonnen Kohlendioxid blieben der Menschheit erspart, falls das Öl nicht ausgebeutet wird.

Für Ecuadors Botschafter in Deutschland, Jorge Jurado, ist die Initiative mittlerweile zu einer Herzensangelegenheit geworden, das sieht man dem kräftigen Mann mit dem langen Bart und der tiefen Stimme an den Augen an. Trotz aller Bemühungen vonseiten Ecuadors sei Entwicklungsminister Niebel weiterhin zu keinen Verhandlungen bereit. „Er pocht auf die andere Variante“, sagt der Botschafter: auf Redd+. Diesem steht Ecuador mit großer Skepsis gegenüber. Das Programm Redd+ setze sich gegen die Abholzung der Wälder ein, vernachlässige aber die weiteren Aspekte wie den Schutz der Artenvielfalt und indigenen Völker. Die Yasuní-Initiative schaffe dagegen eine „Win-Win-Situation“ – Jurado benutzt damit einen Terminus, den auch Dirk Niebel immer wieder in seine Reden einbaut.

Obwohl Jurado von keinem zeitlichen Druck spricht, tickt nun die Uhr, um das Projekt voranzutreiben. „Hoffentlich gibt die ecuadorianische Regierung den Gebern weiterhin Zeit“, sagt

SPD-Mann Raabe. Bis 2013 soll Correas Regierung den Ländern Zeit zum Überdenken der Haltung lassen – bis zum möglichen Regierungswechsel in Deutschland.

Wenn dann das Geld nicht zusammengekommen ist, werden im Nationalpark Yasuní wohl die Bohrgeräte anlaufen.